



Klages, Helmut ...: **Bürgerbeteiligung durch lokale Bürgerpanels.** Theorie und Praxis eines Instruments breitenwirksamer kommunaler Partizipation. Berlin: edition sigma, 2008. 111 S. € 8,90 ISBN 978-3-8360-7232-8

Rezensiert von Hans Holzinger

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des österreichischen Lebensministeriums für www.partizipation.at

Grenzen von Kleingruppenverfahren

Seit den 1960er-Jahren sind unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt worden, die zwar Partizipation ermöglichen, jedoch mit einem Manko behaftet bleiben, nämlich der mangelnden Repräsentativität. So die Ausgangsthese der vorliegenden Studie von Helmut Klages, Carmen Daramus und Kai Masser, MitarbeiterInnen des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer. Ob Planungszellen, Consensuskonferenzen, Demokratie-, Szenario- oder Zukunftswerkstätten – immer komme nur eine kleine, wie wohl engagierte Gruppe von Menschen zusammen, die jedoch keinen Querschnitt der Bevölkerung abbilden könne und in der Regel auch „bildungsferne“ Schichten nicht erreiche. Das erschwere es der Politik wie der Verwaltung, die Ergebnisse als repräsentative Rückmeldung der BürgerInnen auf deren Handeln und Entscheidungen wahrzunehmen. Gesprochen wird vom Dilemma der „Kleingruppenverfahren“, die zwar dialogisches Arbeiten ermöglichen, jedoch mit dem „Makel der sozialen Selektivität“ (S. 76) behaftet seien. Delegationsmodelle wie Ausländer- oder Seniorenbeiräte werden etwas besser eingeschätzt, funktionierten jedoch nach dem Prinzip der „Bürgervertretungs-Beteiligung“, die – wie Runde Tische oder Bürgerforen, meist zu neuen „Expertenzirkeln“ würden. Und Bürgerentscheide im Sinne direkter Demokratie würden zwar Repräsentativität ermöglichen, vorausgesetzt die Beteiligung erreicht ein bestimmtes Quorum, seien jedoch auf „Ja-Nein-Entscheidungen“ reduziert.

Bürgerpanel als Rückmeldeinstrument an Kommunen

Eine in Großbritannien entwickelte und von den AutorInnen in fünf deutschen Städten unter wissenschaftlicher Begleitung erprobte Methode soll dem Problem der mangelnden Repräsentativität abhelfen: das so genannte „Citizen´s Panel“ bzw. „Bürgerpanel“. In Anlehnung an die von Meinungsforschungsinstituten bekannten Befragungen werden BürgerInnen nach dem Prinzip der repräsentativen Stichprobe Fragebögen zu bestimmten Themen mit der Bitte um Mitwirkung zugesandt (die Auswahl erfolgt über das Melderegister). Die Größe der Panels schwankt zwischen 500 und 2500 Befragten. Um auch das Prinzip der Offenheit zu gewährleisten, werden die Fragebögen zusätzlich in den lokalen Medien, in der Gemeindezeitung sowie der Gemeindehomepage veröffentlicht. Bürgerpanels sollen keine einmalige Sache sein, sondern regelmäßig stattfinden. Jene, die einmal per Stichprobe ausgewählt wurden, können sich in eine so genannte „Panelliste“ eintragen. Sie werden in der Folge auch in weitere Bürgerbefragungen eingebunden. So entsteht eine Art „Kerngruppe“ der Bürgerbefragung, die – wenn gewünscht – als Potenzial für intensivere Beteiligungsformen genutzt werden kann („Pool von beteiligungsbereiten

Bürger/innen“, S.87). Um die Repräsentativität zu wahren, wird diese Kerngruppe jedoch in die Stichprobe integriert. Da Bürgerpanels regelmäßig stattfinden sollen (die AutorInnen sprechen von mehrmals im Jahr), lässt sich über diese auch abfragen, welche Themen zur Diskussion gestellt werden sollen.

Niederschwelligkeit als drittes Kriterium

Neben Repräsentativität und Offenheit ist nach Ansicht der AutorInnen für breite Bürgerbeteiligung ein drittes Kriterium notwendig, die Niederschwelligkeit. Sie werde in Bürgerpanels insofern erreicht, als diese geringen (Zeit)-Aufwand erforderten und soziale wie persönliche Barrieren niedrig gehalten werden können. Die Fragebögen sind einfach gehalten, bei Bedarf wird sogar Hilfe für das Ausfüllen angeboten, etwa im Falle von MigrantInnen oder „funktionalen Analphabeten“. Hohe Erwartungen werden auch in das Internet gesetzt, das Befragungen mit wenig Aufwand ermögliche: „Je mehr Teilnehmer/innen die Möglichkeit haben, einen Fragebogen im Internet auszufüllen, und diese Möglichkeit auch nutzen, desto günstiger wird die Durchführung von Befragungen.“ (S. 74).

Dem Nachteil solcher Befragungen, dem Fehlen von „face-to-face-Kontakten“ und des Dialogischen, setzt das AutorInnenteam den Vorteil der größeren sozialen Repräsentativität entgegen. Da Bürgerbeteiligung unter modernen Bedingungen in einem komplexen organisatorischen Gefüge stattfindet, gelte es, um erfolgreich zu sein, mit der „Entwicklung von Eigenkomplexität“ zu antworten. Bürgerbeteiligung müsse in diesem Sinne „Aspekte eines indirekt verlaufenden, Schriftlichkeit, Formalisierung und kommunikative Distanz enthaltenden Dialogs einbeziehen und Managementprinzipien zur Anwendung bringen [...], die nicht vom Modell der kleinen Gruppe, sondern vielmehr vom Modell großer Organisationen abgelesen sind.“ (S. 85f).

Kein Entweder-Oder

Bürgerpanels, wie sie in dem hier beschriebenen, von der deutschen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt vermutlich erstmals im deutschsprachigen Raum durchgeführt wurden, sind sehr wohl geeignet als Rückmeldeinstrument für Politik und Verwaltung, um – wie die AutorInnen formulieren - „verlässliche Informationen über die Erwartungen, Meinungen und Wünsche der Bevölkerung“ (S. 35) zu erhalten. Intensivere, auch persönlichen Austausch ermöglichende Beteiligungsformen werden – so die Sichtweise des Rezensenten – deswegen nicht obsolet, da gerade eine auf Individualisierung und Vereinzelung ausgerichtete Kultur des modernen „Erlebniskapitalismus“ (Klaus Firlei) wieder politischer Versammlungskulturen bedarf, in denen gemeinsam erarbeitet wird, wie wir in Zukunft leben wollen. Dem Anspruch der Repräsentativität kann dabei durch gezielte Auswahl der Teilnehmenden in gewisser Weise nachgekommen werden. Die Einbindung aller Beteiligungsgruppen („Zugänge“) ist etwa integraler Bestandteil von Zukunftskonferenzen; sie wird von uns auch in Zukunftswerkstätten immer wieder umgesetzt, z. B. wenn wir Zukunftsperspektiven für eine Kommune entwickeln. In diesem Sinne ist kein Entweder-Oder angesagt, sondern eine Prüfung, welche Methode im jeweiligen Kontext zu den besten Ergebnissen führt. Unbestritten ist, dass durch das Internet neue Formen der Beteiligung und des Einbaus von „Feedbackschleifen“ möglich werden, ein Potenzial, das von Unternehmen ja bereits erkannt wird, wenn sie „Kundenwünsche“ online eruieren.

Weiterführende Publikationen zu den Bürgerpanels in den fünf Städten Arnsberg, Viernheim, Speyer, Herford und Hassloch siehe www.foev-speyer.de/buergerpanel.

ZITIERT

„In Großbritannien wird das Citizen´s Panel seit rund einem Jahrzehnt eingesetzt. Es stellt dort einen bevorzugten Weg dar, um den Bürgerdialog zu systematisieren, eine Verlässlichkeit in der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft zu schaffen und die Informationsversorgung der gewählten demokratischen Interessensvertretungen sowie der gewählten demokratischen Interessensvertretungen sowie der Verwaltungsführung zu verbessern.“ (S. 56)

„Die herausragende Funktion des Citizen´s Panel besteht in der Qualitätssicherung der öffentlichen Dienstleistungen und in der Institutionalisierung des Dialogs mit den kommunalen Akteuren.“ (S. 60)



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.